

**Landeskriminalamt
Thüringen**



Pressemappe

BAO ZESAR

2013

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	2
1 Politisch motivierte Gewaltkriminalität	3
1.1 Überblick.....	3
2 Ermittlungsverfahren der BAO ZESAR	4
3 Fahndungen zur Realisierung offener Haftbefehle	8
3.1 Überblick.....	8
3.1.1 Offene/vollzogene Zielfahndungen	8
3.1.2 Offene/vollzogene Haftbefehle wegen PMG-Rechts sowie gegen Gewalttäter-Rechts	9
3.1.3 Offene/vollzogene Haftbefehle wegen PMK-Rechts	9
3.1.4 Offene/vollzogene Haftbefehle gegen rechte Klientel wegen Allgemeinkriminalität.....	9

Vorbemerkung

Der Freistaat Thüringen begegnet dem Rechtsextremismus und seinen Erscheinungsformen mit aller Entschlossenheit und wird dies auch weiterhin tun. Die gegenwärtige Lageentwicklung auf diesem Gebiet und die inzwischen gewonnenen Erkenntnisse zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) haben eindringlich vor Augen geführt, wie dringend notwendig eine konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus und der politisch motivierten Kriminalität (PMK) ist. Die Sicherheitsbehörden müssen alles dafür tun, dass sich derartige Verbrechen nicht wiederholen.

Die bekannt gewordenen öffentlichkeitswirksamen Ereignisse erfordern ein entschlossenes repressives staatliches Handeln.

Die Thüringer Polizei geht schon seit vielen Jahren mit einem breiten Bündel an präventiven und repressiven Maßnahmen entschlossen gegen rechtsextremistische Straf- und Gewalttäter vor. Zu dieser differenzierten Strategie gehören ein permanenter Beobachtungs- und Kontrolldruck auf die Szene und eine konsequente Verfolgung von Straftaten. Diese Strategie ständig zu optimieren und zu intensivieren ist eine wesentliche Aufgabe.

Um dies wirkungsvoller als in der Vergangenheit umzusetzen, sollte auf Weisung des Thüringer Innenministers, Herrn Jörg Geibert, eine Besondere Aufbauorganisation (BAO) geschaffen werden. Aus diesem Grund kam es am 13.12.2012 zu einer Besprechung des Leiters der Abteilung 4 des Thüringer Innenministeriums mit den Behördenleitern der Landespolizeidirektion, des Landeskriminalamtes Thüringen und des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz. Im Ergebnis dieser Besprechung wurde per Erlass des Thüringer Innenministeriums vom 14.12.2012 die Einrichtung der BAO „Zentrale Ermittlungen und Strukturaufklärung – Rechts“ (ZESAR) zur Effektivierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus verfügt.

Der aus diesem Erlass resultierende Auftrag an das Landeskriminalamt Thüringen lautet u. a.:

- eine zentrale Bearbeitung von Gewaltdelikten auf dem Gebiet der PMK-rechts sicherzustellen,
- eine aktive Informationsbeschaffung innerhalb wie auch außerhalb von Ermittlungsverfahren zu betreiben und damit Strukturermittlungen zu gewährleisten und
- einen verpflichtenden und aktuellen Informationsaustausch mit dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) zu organisieren.

Die BAO ZESAR, untergliedert in die Einsatzabschnitte „Auswertung“, „Ermittlungen“ und „operative Maßnahmen“, war im Wesentlichen ab dem 07.01.2013 arbeitsfähig. Die Leitung der BAO wurde Herrn KD Wahlig übertragen. Durchschnittlich sind der BAO etwa 30 Beamte zugeordnet.

1 Politisch motivierte Gewaltkriminalität

Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst die Deliktsbereiche:

- Tötungsdelikte
- Körperverletzungen
- Brand- und Sprengstoffdelikte
- Landfriedensbruch
- Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr
- Freiheitsberaubung
- Raub
- Erpressung
- Widerstandsdelikte und
- Sexualdelikte.

Terrorismus ist in den §§ 129a, 129b StGB definiert. Weiterhin werden die §§ 89a, 89b und 91 StGB dem Terrorismus zugeordnet.

	2009	2010	2011	2012	2013
Politisch motivierte Gewaltdelikte (PMG)	131	116	77	35	79
davon:					
Terrorismus	0	0	0	1	0
PMG-Rechts	42	44	34	22	49

Gegenüber dem Jahr 2012 stieg die Anzahl der Delikte der Politisch motivierten Gewaltkriminalität – Rechts um mehr als das Doppelte (+27 Fälle, +122,72 %).

Der Anteil der festgestellten Gewaltdelikte – Rechts an der Gesamt-PMG im Freistaat Thüringen im Jahr 2013 betrug 62 %.

Der Anteil der festgestellten Gewaltdelikte – Rechts an der Gesamt-PMK betrug 2013 im Freistaat Thüringen 3,3 %.

1.1 Überblick

Im Zuge der Tätigkeit der „BAO ZESAR“ wurden Organisationen mit Bezügen zum Rechtsextremismus in den unterschiedlichsten Facetten im Freistaat Thüringen beleuchtet.

Die einzelnen agierenden Organisationen/Gruppierungen sind auf den gesamten Freistaat Thüringen verteilt.

Gefestigte organisatorische und personelle Strukturen über längere Zeiträume ließen sich nur vereinzelt feststellen.

Im Rahmen der Auswertung von rechtsgerichteten Organisationen und Gruppierungen wurden Daten zu insgesamt 247 Personen, die dem rechtsextremistischen Spektrum des Freistaats Thüringen zuzurechnen sind, erhoben und verarbeitet.

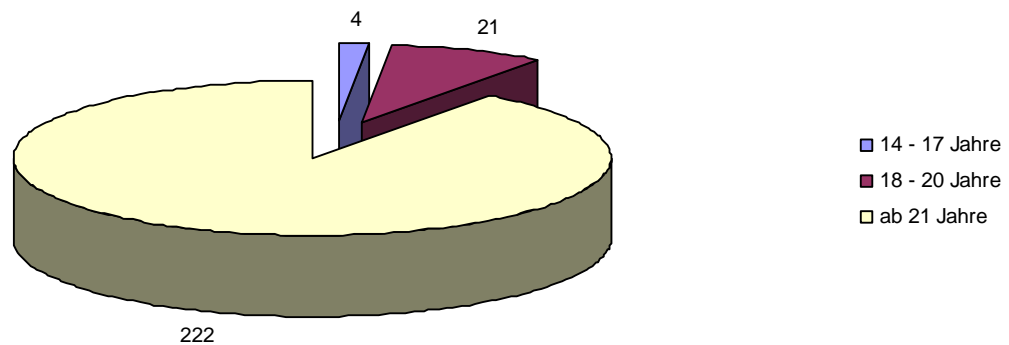


Abbildung 1: Altersstruktur der in der BAO bearbeiteten Personen

Der Altersgruppe der Erwachsenen sind 90% der Gesamtpersonen zuzurechnen. Möglicherweise kann hieraus auf fest verwurzelte rechtsextremistische Überzeugungen geschlossen werden, die eine ideologische Neuordnung mit Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus erschwert.

2 Ermittlungsverfahren der BAO ZESAR

Die BAO ZESAR bearbeitete im Jahr 2013 insgesamt 137 Ermittlungsverfahren. Zu diesen Ermittlungsverfahren konnten bislang insgesamt 129 Beschuldigte bekannt gemacht werden. Die polizeilichen Ermittlungen sind mit Stand vom 31.12.2013 bei ca. 30 Verfahren noch nicht abgeschlossen.

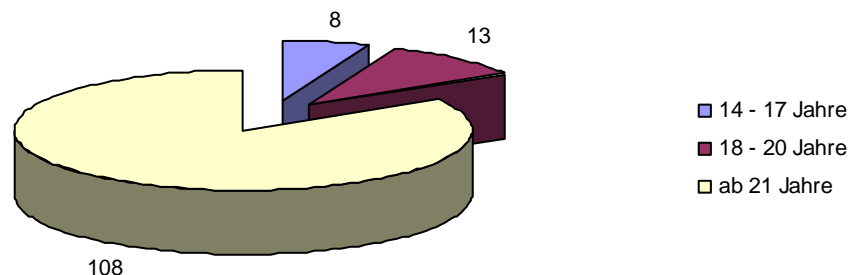


Abbildung 2: Altersstruktur der Beschuldigten

Unter den Beschuldigten befanden sich 110 männliche und 19 weibliche Tatverdächtige. In 17 Fällen wird gegen unbekannte Tatverdächtige ermittelt.

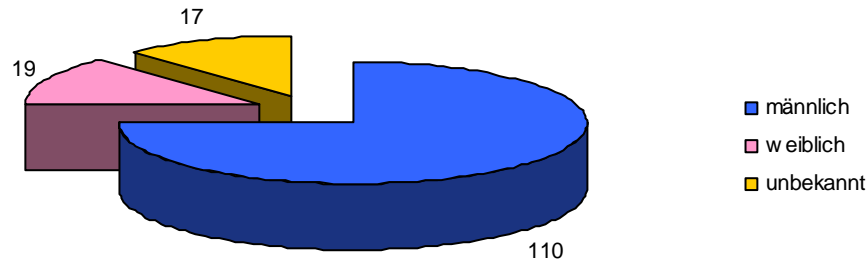


Abbildung 3: Unterteilung der Beschuldigten nach Geschlechtern

Folgende Straftatbestände wurden zur Anzeige gebracht:

- § 86 StGB - Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (4)
- § 86a StGB – Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (26)
- § 111 StGB - Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (1)
- § 113 StGB - Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (2)
- § 123 StGB - Hausfriedensbruch (1)
- § 125 StGB - Landfriedensbruch (1)
- § 129 StGB - Bildung krimineller Vereinigungen (1)
- § 130 StGB - Volksverhetzung (16)
- § 132 StGB - Amtsanmaßung (1)
- § 132a StGB - Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen (2)
- § 184 StGB - Verbreitung pornografischer Schriften (1)
- § 185 StGB - Beleidigung (9)
- § 187 StGB - Verleumdung (2)
- § 188 StGB - Üble Nachrede und Verleumdung von Personen des politischen Lebens (2)
- § 211 StGB – Mord [Versuch] (2)
- § 212 StGB - Totschlag [Versuch] (1)

- § 223 StGB - Körperverletzung (12)
- § 224 StGB - Gefährliche Körperverletzung (12)
- § 240 StGB - Nötigung (1)
- § 241 StGB - Bedrohung (4)
- § 250 StGB - Schwere Raub (1)
- § 253 StGB - Erpressung (1)
- § 255 StGB - Räuberische Erpressung (1)
- § 258 StGB - Strafvereitelung (2)
- § 259 StGB - Hehlerei (1)
- § 303 StGB - Sachbeschädigung (9)
- § 353b StGB - Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht (1)
- Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz (3)
- Verstoß Kriegswaffenkontrollgesetz (5)
- Verstoß Sprenggesetz (1)
- Verstoß Vereinsgesetz (1).
- Verstoß Waffengesetz (21)

Aufgeführt sind sämtliche zur Anzeige gebrachten Tatbestände. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass in verschiedenen Ermittlungsverfahren jeweils mehrere Straftatbestände erfüllt sind.

Von den im Jahr 2013 in der BAO ZESAR bearbeiteten 137 Verfahren sind 49 Ermittlungsverfahren mit insgesamt 62 Tatverdächtigen der Politisch motivierten Gewaltkriminalität zuzuordnen.

Ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes im Sinne des § 211 StGB richtete sich gegen Beate Zschäpe. Die BAO ZESAR wurde durch die Staatsanwaltschaft Erfurt beauftragt, die Ermittlungen zu einem versuchten Tötungsdelikt vom 31.12.1996 zu führen. Die Beschuldigte stand im Verdacht, gemeinsam mit den bereits verstorbenen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt auf dem Erfurter Hauptbahnhof mit einer Handfeuerwaffe auf mehrere Geschädigte geschossen zu haben.

Das Verfahren wurde nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen zur weiteren Entscheidung an die StA Erfurt übersandt und von dort am 26.07.2013 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Das zweite Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes richtete sich gegen einen allein handelnden 46-jährigen Deutschen mit psychischen Auffälligkeiten, der am 26.12.2013 zwei Pkw (geschädigt sind eine lettische Staatsangehörige und eine deutsche Staatsangehörige mit einem türkischen Lebensgefährten) in Brand setzte und anschließend mit einer Schrotflinte auf die geschlossene Eingangstür eines türkischen Imbiss schoss, in dem sich ein Angestellter befand. Da ein ausländerfeindlicher Hintergrund nicht auszuschließen war, übernahm die BAO ZESAR die Ermittlungen.

Der Tatbestand des versuchten Mordes wurde im Verlauf der Ermittlungen in versuchten Totschlag umklassifiziert. Die Ermittlungen der BAO ZESAR – AG Markt führten zunächst zu drei möglichen Tatverdächtigen. Im Zuge der Ermittlungen konkretisierte sich der Tatverdacht jedoch gegen den 46-Jährigen als allein handelnden Tatverdächtigen. Er hat seinen Grundstückszaun, die Türklinke der Hintertür seines Hauses sowie die Hauseingangstür unter Strom gesetzt. Die Türen im Haus waren abgeschlossen, mit langen Schrauben verschraubt und mit Panzerklebeband verklebt. Im Weiteren fühlte sich der Beschuldigte nach eigenen Angaben durch den „Stahlpakt“ sowie die italienische Mafia verfolgt. Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen und er befindet sich in Untersuchungshaft. Zu ihm liegen Erkenntnisse wegen des Verdachts der Begehung einer Straftat der Betäubungsmittelkriminalität vor. Staatsschutzkenntnisse liegen zum dringend Tatverdächtigen nicht vor.

Im Rahmen einer Durchsuchung in anderer Sache bei insgesamt vier Beschuldigten stellten Beamte der LPI Saalfeld bei einem 23-Jährigen einen Aktenordner mit vermeintlichen Vereinsunterlagen sicher. Der Ordner war mit „Division Rennsteig“ beschriftet. Darüber hinaus konnten bei den Beschuldigten Teleskopschlagstöcke, Einhandmesser, Butterflymesser, 1 Schreckschusspistole und Aufkleber (Propaganda-aufkleber der rechten Szene) festgestellt und soweit die rechtlichen Voraussetzungen vorlagen, sichergestellt werden. Daraufhin klassifizierte die zunächst zuständige Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren neu ein und gab das Verfahren nunmehr wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung zuständigkeitshalber an die Staatsanwaltschaft Gera ab.

Derzeit lässt sich anhand der bisher durchgeführten Ermittlungen und umfangreichen strafprozessualen Maßnahmen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit feststellen, dass die Kameradschaft seit ihrer Gründung am 19.06.2011 wahrscheinlich bis Ende 2011 bestand. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen ist allerdings festzustellen, dass keine objektiven Anhaltspunkte für das Fortbestehen der „Division Rennsteig“ bestehen.

Das Ermittlungsverfahren ist zur abschließenden Entscheidung an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden.

Derzeit wird geprüft, ob die Voraussetzungen für ein Vereinsverbot vorliegen.

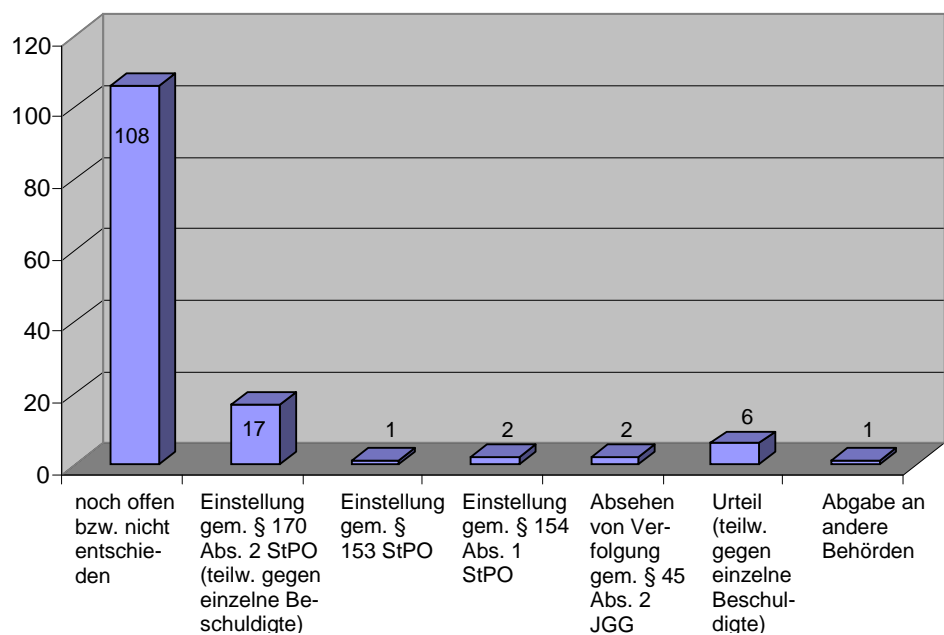


Abbildung 4: Ausgänge Ermittlungsverfahren

3 Fahndungen zur Realisierung offener Haftbefehle

3.1 Überblick

Die BAO ZESAR übernahm Fahndungsersuchen zu Personen, welche in der Vergangenheit wegen Straftaten der PMK-Rechts rechtskräftig verurteilt wurden bzw. wegen Straftaten der PMK-Rechts polizeilich in Erscheinung getreten sind.

Bis zum Stichtag 31.12.2013 wurden insgesamt 182 Haftbefehle/Fahndungsersuchen zu 151 Personen durch die BAO ZESAR übernommen. Die Abweichung zwischen Anzahl der Haftbefehle/Ersuchen und den Personen ergibt sich aus Mehrfachhaftbefehlen.

3.1.1 Offene/vollzogene Zielfahndungen

Im Jahr 2013 wurden acht Haftbefehle realisiert, die den Anforderungen der Richtlinie für Zielfahndungsfälle entsprechen. Ein weiterer Haftbefehl befindet sich gegenwärtig in Bearbeitung.

3.1.2 Offene/vollzogene Haftbefehle wegen PMG-Rechts sowie gegen Gewalttäter-Rechts

Es handelt sich um Haftbefehle, welche wegen einer PMG-Tat ausgeschrieben wurden bzw. welche sich gegen Personen richten, die in Vergangenheit mit einer PMG-Tat in Erscheinung getreten sind und deshalb potentiell als Gewalttäter-Rechts in Frage kommen. In diesem Kontext sind bis zum Stichtag des 31.12.2013 insgesamt 21 Haftbefehle realisiert worden.

Offene Haftbefehle liegen in diesem Zusammenhang gegenwärtig nicht vor.

3.1.3 Offene/vollzogene Haftbefehle wegen PMK-Rechts

Es wurden 25 Fahndungsersuchen zu 24 Personen übernommen, welche zu Straftaten der PMK-Rechts ausgeschrieben waren/sind. Hiervon sind lediglich zwei Haftbefehle noch nicht vollstreckt worden. Ein Haftbefehl ist derzeit nicht realisierbar, da sich die betroffene Person im Ausland aufhält und die Ausschreibungsvoraussetzungen für einen internationalen Haftbefehl/EU-Haftbefehl nicht vorliegen.

3.1.4 Offene/vollzogene Haftbefehle gegen rechte Klientel wegen Allgemeinkriminalität

Die Kategorie berücksichtigt Haftbefehle gegen Personen, die mit Taten der PMK-Rechts in polizeilich zugänglichen Dateien gespeichert sind, aber mit Taten aus der Allgemeinkriminalität zur Fahndung ausgeschrieben waren/sind.

Von insgesamt 127 übernommenen Haftbefehlen zu 106 Personen, konnten bisher 116 vollstreckt werden.

Von insgesamt 182 übernommenen Haftbefehlen zu 151 Personen, konnten 168 Haftbefehle zu 139 Personen vollstreckt werden. Daraus ergeben sich 14 offene Haftbefehle zu 12 Personen, wobei zwei Fahndungsersuchen zu zwei Personen gegenwärtig nicht vollstreckbar sind, da sich die Personen im Ausland aufhalten und die Voraussetzungen für eine Zielfahndung nicht vorliegen.

Ein Europäischer Haftbefehl wurde in Abstimmung mit der Generalstaatsanwaltschaft Thüringen realisiert. Der Betroffene ist zwischenzeitlich an die Republik Österreich ausgeliefert worden.

Bei den ausgeschriebenen Haftbefehlen handelte es sich um Fälle zur Umsetzung von:

- Ersatzfreiheitsstrafen
- Untersuchungshaft
- Ungehorsamshaft
- Vollstreckungshaft
- Jugendarrest
- Restfreiheitsstrafe
- Sicherungshaft

Im Rahmen der Realisierung von Haftbefehlen wurde eine Vielzahl von im Zusammenhang stehenden Fahndungsnotierungen im Sinne von Aufenthaltsermittlungen beantwortet.

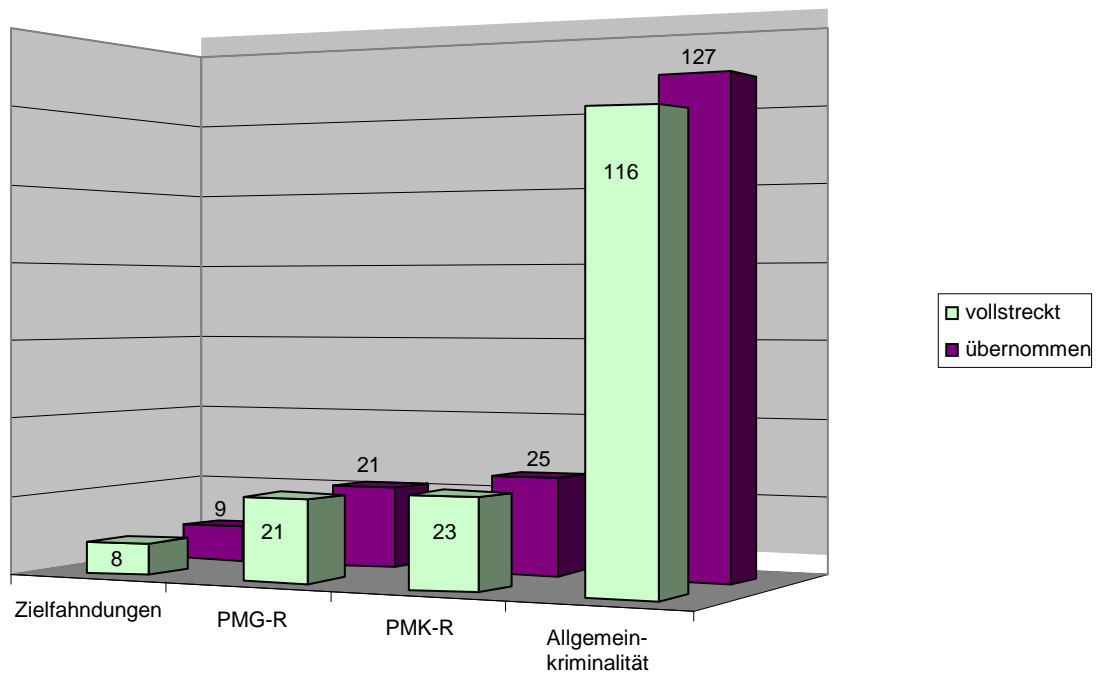


Abbildung 6: Überblick Fahndungsarten

Zusammengenommen erstreckt sich die Höhe der angedrohten freiheitsentziehenden Maßnahmen (zu verbüßende Haftstrafen, Ersatzfreiheitsstrafen) auf einen Gesamtzeitraum von fast 40 Jahren. Die den angedrohten Ersatzfreiheitsstrafen zugrunde liegenden Bußgelder bzw. Geldstrafen belaufen sich auf mehr als 75.000 Euro.

Impressum

Thüringer Innenministerium

Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Postfach 90 01 31
99014 Erfurt

Internet: <http://www.polizei.thueringen.de>

lka@polizei.thueringen.de

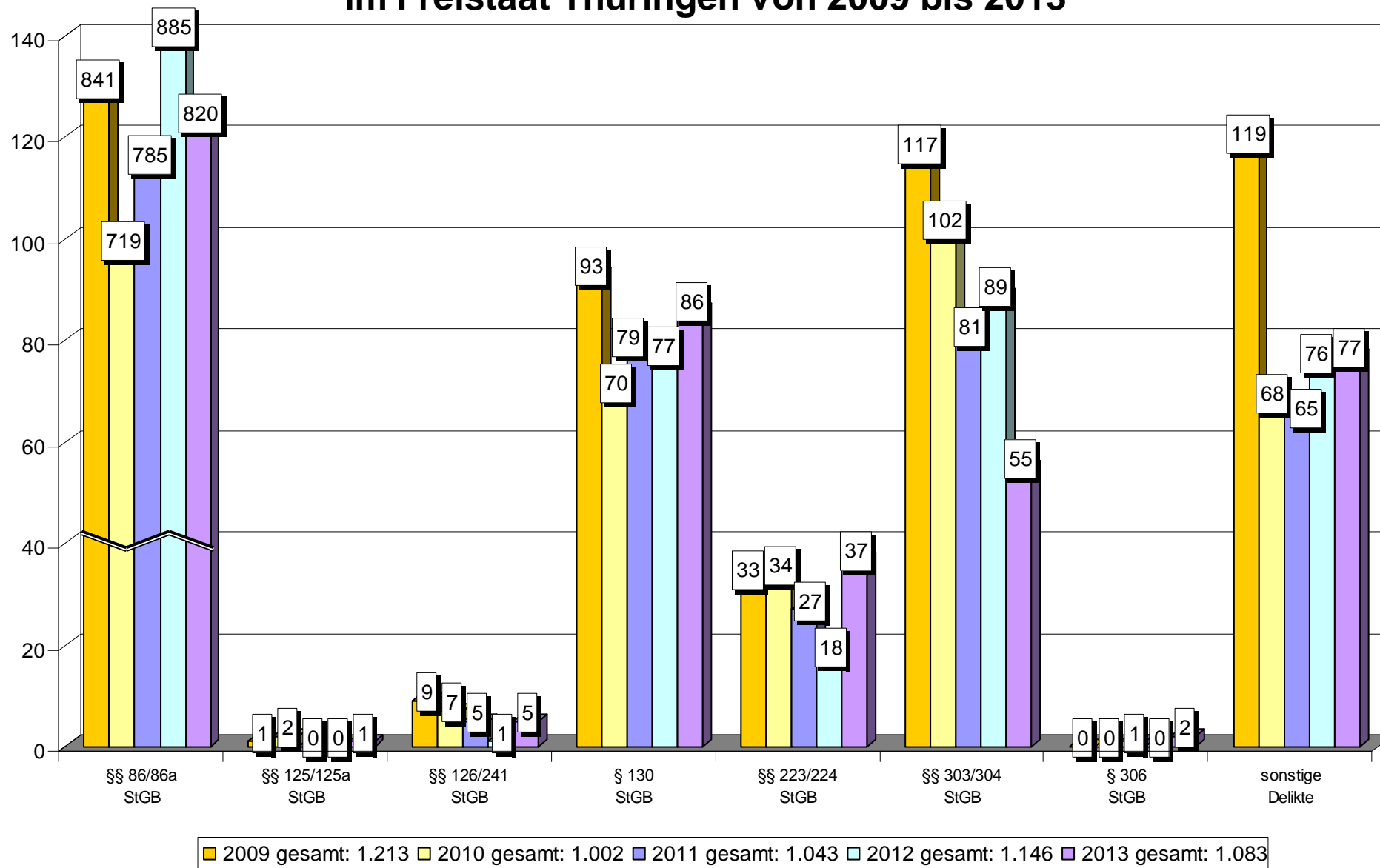
Quelle: Landeskriminalamt Thüringen 2014

Veröffentlichungen, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe!

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1 Politisch motivierte Kriminalität - Rechts im Freistaat Thüringen
von 2009 bis 2013
- Anlage 2 Politisch motivierte Kriminalität - Links im Freistaat Thüringen
von 2009 bis 2013

Politisch motivierte Kriminalität - Rechts im Freistaat Thüringen von 2009 bis 2013



Politisch motivierte Kriminalität - Links im Freistaat Thüringen von 2009 bis 2013

